

Die Welt ist in Unordnung, nicht erst seit der Corona-Pandemie. Auf Europa lastet der Druck von Finanz- und Flüchtlingskrise, das transatlantische Verhältnis ist getrübt, China expandiert. Der Historiker Jörn Leonhard analysiert die Lage in einem Gespräch mit Convoco-Gründerin Corinne Flick, das wir hier in Auszügen wiedergeben:

Herr Professor Leonhard, Sie sagen, wenn man das Europa der neuzeitlichen Geschichte historisch betrachtet, dann gehören Einheitsvorstellungen und Krisenbewusstsein immer zusammen. Warum?

Man kann historisch sehr gut erkennen, dass die Krisen Europas, wenn wir etwa an den Ersten und den Zweiten Weltkrieg denken, aber natürlich auch an die Krisen in der europäischen Integration, immer Phasen waren, in denen es zugleich eine intensive Reflexion über die Weiterentwicklung Europas gegeben hat. Nehmen Sie zum Beispiel das Ende des Ersten Weltkriegs mit den ersten Überlegungen, die fast schon so etwas wie einen Vorläufer der späteren Montanunion enthalten. Nehmen Sie das Ende des Zweiten Weltkriegs, als man argumentiert hat, das sei der Tiefpunkt der europäischen Geschichte. Daraus ergibt sich dann ein ganz wichtiger Impuls für die europäische Integration. Ich glaube, man kann in der Geschichte der Europäischen Union sehr gut erkennen, dass Krisen in dieser Vergemeinschaftung immer auch verbunden waren mit der Überlegung, wie man den Integrationsprozess fortsetzen kann.

Welche Rolle spielt hier die Erfahrung eines geteilten Risikos?

Auch das gibt es in früheren Krisen. Nach dem Ersten Weltkrieg steht am Anfang 1918/19 erst einmal der Nationalstaat, und erst Mitte der zwanziger Jahre gibt es dann Versuche, über dieses Ordnungsmuster hinauszukommen. Es gibt ein Bewusstsein geteilter Risiken, aber es braucht häufig länger, bis es auch Reforminitiativen gibt, die über das Ordnungsmuster des Nationalstaats hinausgehen.

Die geopolitische Landschaft der Welt ist durch den Aufstieg Chinas im Umbruch. Welche Bedingungen für globale neue Allianzen gibt es aus historischer Sicht?

Historisch ist die Grundfrage in den letzten drei- bis vierhundert Jahren immer gewesen, wie man internationale Stabilität erreichen kann. Die klassischen Antworten darauf lauteten: durch Hegemonie oder durch Gleichgewicht. Ich glaube, dass

wir im Augenblick entdecken, wie sich die geopolitische Landschaft verändert. Dies tut sie aber nicht erst seit Corona, sondern bereits seit 1989/90. Nach dem Ende des Kalten Krieges hoffte man, dass Amerika so etwas wie ein neuer, freiheitlicher Hegemon wird. Dann haben wir gesehen, dass sich diese Vorstellung nicht erfüllt. Ich glaube, das Entscheidende für diese

geopolitische Landschaft der Welt, wie sie sich jetzt entwickelt, ist ihre Unübersichtlichkeit, deshalb auch dieses Gefühl der Unsicherheit. Und es geht nicht mehr wie etwa im 19. oder 18. Jahrhundert um Territorien, sondern es geht um fluide Kapitalsorten, es geht sehr stark um Finanzkapital, aber auch um Wissen, um Informationen, um Deutungsmonopole.

Kann man sagen, dass wir noch keine richtige Multipolarität erreicht haben, aber auf dem Weg dorthin sind?

Es ist offenkundig, dass die beiden von mir eben erwähnten Prinzipien, also Hegemonie oder Gleichgewicht der Mächte, in dieser Form in die Welt, wie sie sich heute entwickelt, nicht mehr wirklich passen. Deshalb spricht mehr für Multipolarität, aber wie genau diese Multipolarität aussieht, ist im Augenblick noch sehr offen.

Wird bei der Neuorientierung von Staaten die Geschichte instrumentalisiert?

Das erleben wir schon seit einigen Jahren, aber in der Corona-Krise noch einmal zugespitzt. Denken Sie an die russischen Lastwagen, die mit wehenden Fahnen durch Italien fahren, denken Sie an China, das sich als imperialer Retter der Welt geriert. Man darf diesen Bildern nicht

einfach glauben. Aber dass wir es im Augenblick mit einer sehr aggressiven Geschichtspolitik zu tun haben, sei es bei Putin, sei es in China oder sei es auch bei Erdogan, das ist ganz offenkundig. Es gibt, wenn man so will, einen ideologischen, einen geschichtspolitischen Imperialismus, der auch nach dem Ende der klassischen Imperien weiter große Bedeutung hat. Denken Sie an Chinas Inszenierung der sogenannten Neuen Seidenstraße. Das ist mit dem Geschichtsbild verbunden, dass man schon einmal ein großes, weltumspannendes Imperium war und an diese Geschichte anknüpft.

Sind solche Veränderungsphasen sehr gefährlich?

Ich würde sagen, dass solche Transitionen, solche Übergänge, konfliktanfälliger sind. Ich würde nicht sagen, dass daraus notwendigerweise Kriege entstehen müssen, das wäre mir zu einfach, aber sie sind konfliktanfälliger, und das kann man seit 1989/90 sehr gut sehen. Wir haben in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges erwartet, dass die Kon-



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Wer bestimmt die Neuordnung der Welt?

Die Gründerin des Convoco-Forums trifft an dieser Stelle Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Heute antwortet der Historiker **Jörn Leonhard** auf die Frage nach Ordnung in Krisenzeiten



Was ist CONVOCO?
Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



flikte aus der Geschichte verschwinden, und eigentlich ist das Gegenteil eingetreten. Wir haben mit der Multipolarität der Welt eben auch eine Vielzahl von neuen Akteuren, die unter Umständen viel schwieriger zu disziplinieren sind, als es das im Kalten Krieg gewesen ist.

Sie haben gesagt, dass wir noch nicht das Ende des Imperium Americanum, der US-amerikanischen Weltordnung, erleben. Wieso ist es noch zu früh für diesen Abgesang?

Wir müssen einen Unterschied machen zwischen den Kapitalsorten. Wenn wir uns das Thema politische Führung ansehen, dann sind die USA ohne Zweifel in eine Krise geraten. Wenn wir uns die Ausstrahlung des politischen Systems der USA anschauen, würden viele argumentieren abzuwarten, ob nicht die Kraft der politischen Institutionen auch eine problematische Präsidentschaft überlebt. Aber wenn wir die Wirtschaft betrachten, die Bedeutung des Dollars, der Fed, der amerikanischen Notenbank, dann glaube ich, müssen wir anders darauf blicken. Deshalb ist mein Argument, wir müssen nach Feldern und Sektoren unterscheiden, und umgekehrt müssen wir vorsichtig sein, das chinesische Empire zu stark zu reden. Wir haben in China eine ausgewachsene Staatswirtschaft, die an vielen Stellen anfällig ist. Wir haben das Problem der Umweltpolitik, wir haben das Problem von ethnischen Minderheiten. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir bei diesem suggestiven Bild, das amerikanische Empire werde vom chinesischen abgelöst, auch den Bildern, die diese Gesellschaften von sich produzieren, auf den Leim gehen. Zur Unübersichtlichkeit der Welt zählt eben auch, dass wir Imperialität nicht über einen Kamm scheren können, sondern es gibt Imperialität oder Hegemonie in manchen Bereichen, und in anderen Bereichen haben wir es dagegen mit einem komplizierten Gleichgewicht zu tun.

Welche Rollenstrategie sehen Sie hier für Europa?

Das ist sicher eine der spannendsten Fragen im Augenblick: Auf der einen Seite funktioniert dieser lange Zeit historisch gewachsene Konnex zwischen Europa und den USA so nicht mehr. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir früher über die transatlantische Wertegemeinschaft gesprochen haben, existiert nicht mehr in der Weise wie vielleicht nach dem Zweiten Weltkrieg. Europa hat andererseits das Problem, dass es seinen Platz in dieser Multipolarität erst finden muss – und das in einer Phase, in der das Pazifizierungsmodell, das die europäische Integration so attraktiv gemacht hat, gleichzeitig an seine Grenzen stößt. Europa muss in einer Phase, in der es mit multiplen Krisen zu tun hat, eine neue Rolle finden. Ich glaube, das ist eine permanente Stresssituation. Sie können in gewisser Weise noch die Krise seit 2008 dazunehmen, also die Finanzkrise, und damit verbunden die Frage, wie man Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt herstellt. Dann haben Sie die Krise des Euro gehabt, Sie haben 2015 die Flüchtlings-

krise und jetzt die Corona-Krise. Und das ist augenblicklich die große Herausforderung: diesen Platz zu finden, in einer Phase, in der die alten Sicherheiten geopolitisch nicht mehr wirken. Deshalb ist Europa in einer historischen Stressperiode. **Sie haben gesagt, der westliche Universalismus profitierte von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, die Weltgemeinschaft rückte zusammen und erzielte historische Übereinkommen im internationalen Recht. Kann die globale Erfahrung mit der Krise jetzt Ähnliches bewirken?**

Ja, der westliche Universalismus profitierte von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, aber dann auch von der Konstellation des Kalten Krieges. Jetzt gibt es die Erfahrung eines äußeren, externen Krisenimpulses. Das ist etwas, das sich von der Situation 1945 doch erheblich unterscheidet. Wir

haben schon vor Corona gesehen, dass viele Bedrohungen aus dem Inneren der Gesellschaften gekommen sind: Denken Sie an den Populismus, an den Nationalismus. Ich würde argumentieren, dass wir im historischen Verlauf unterscheiden müssen, wo die Bedrohungen herkommen. Kommen sie von externen oder internen Faktoren? Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es durchaus möglich ist, dass die Corona-Krise eher Prozesse katalysiert, die vorher schon im Gang waren. Nehmen Sie den Populismus, nehmen Sie die Renationalisierung, die beide deutlich vor Corona begonnen haben. Deshalb würde ich ganz stark argumentieren: Ja, es gibt so etwas wie ein Weltbewusstsein von Risiken, aber die Risiken sind eben sehr unterschiedlich verteilt. An der Stelle

kann es durchaus sein, dass eine Weltgemeinschaft für eine bestimmte Frist in einem bestimmten Bereich zusammenrückt, dann aber auch eben sehr schnell wieder auseinanderbricht. Ich glaube, wir werden uns darauf einstellen müssen, mit beiden Szenarien zu leben.

Wie wird sich unsere Gesellschaft durch die Krise verändern?

Was ist Ihre größte Befürchtung, was ist Ihre größte Hoffnung?

Meine Hoffnung ist, dass die Menschen erkennen, was ihnen bestimmte Dinge wert sind. Dass wir jetzt in der Bundesrepublik eine so intensive Diskussion um Grundrechte haben, hat auch etwas damit zu tun. Meine Hoffnung wäre, dass Europa eine gemeinsame Antwort findet und dann auch eine gute Basis hat, um sich in dieser geopolitischen Gemengelage neu zu sortieren. Meine Befürchtung ist, dass in all den Gesellschaften, die schon vor Corona mit klaren autoritären Tendenzen zu tun hatten, die Corona-Krise zum Alibi wird, um solche Prozesse zu beschleunigen. Meine Sorge ist nicht so groß für die Bundesrepublik und auch nicht für Frankreich. Aber sie ist groß, wenn ich in die Türkei blicke oder nach Brasilien. Dort kann die Krise als Katalysator politisch destabilisieren. Und weil wir in einer Welt leben, die stärker als jemals zuvor verflochten ist, ist das auch für uns von enormer Bedeutung. ■

Historiker

Jörn Leonhard ist Direktor des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Universität Freiburg

